

B Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

66. Jahrgang / Heft 151 • www.ubv.at • April 2025

*Wenn du im Recht bist, kannst du dir leisten, die Ruhe zu bewahren;
und wenn du im Unrecht bist, kannst du dir nicht leisten, sie zu verlieren*
Mahatma Gandhi

UBV – mit 42 Traktoren und 42 Forderungen zum Parlament

Aus ganz Österreich kamen die Teilnehmer bei der UBV Traktor-Protest-Sternfahrt am 16. Jänner zum Parlament nach Wien. Die zentrale Forderung lautet: Die Bauern wollen zumindest die gleichen Einkommen wie die Beamten. Diese verdienen im Jahr rund 62.000 Euro im Jahr. Das durchschnittliche Einkommen bei den

Bauern ist bei rund 16.000 Euro (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge). Das muss sich aus der Sicht des UBV innerhalb der nächsten 3-5 Jahre ändern. Die Bauern arbeiten deutlich mehr und länger. Man kann davon ausgehen, dass die Bauern, vor allem die tierhaltenden Betriebe oder die Direktvermarkter, bis zu 100 Stunden

in der Woche arbeiten. Daher sind wir der Meinung, dass unsere Arbeit zumindest gleich viel wert ist, wie jene der Beamten.

Insgesamt wurden 42 Forderungen an den Präsidenten des Parlaments, Dr. Walter Rosenkranz, überreicht. Mehr auf www.ubv.at sowie auf den Seiten 2-3.



Mit 42 Traktoren und 42 Forderungen zum Pa

Großes Interesse erweckte die UBV Traktor Protest Sternfahrt am 16. Jänner 2025 zum Parlament. 42 Traktoren aus Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark mit Teilnehmern aus ganz Österreich „trugen“ die Anliegen, Forderungen und konkrete Lösungsvorschläge des UBV zu den vielen Sorgen der Bauern nach Wien.

An der Spitze der Teilnehmer der UBV Protest-Sternfahrt standen UBV-Obmann Karl Keplinger, Organisator und LO von NÖ, Herbert Hochwallner, Alfred Enthofer, LO von Tirol – und LO Hans Ilsinger aus der Steiermark. Sie überreichten an den Präsidenten des Nationalrats, Dr. Walter Rosenkranz, die 42 Forderungen des UBV an die Politik. Die Fahrt ging zum Parlament, da dort alle Gesetze verabschiedet werden, welche die Bauern am Ende des Tages umsetzen müssen.

250 Liter Milch für eine Rechnung mit 10 Euro – wo ist unsere Kaufkraft?

Der Kaufkraftverlust seit dem EU-Beitritt ist katastrophal. Doch was

ändert sich? Letztes Jahr gab es erstmals eine „Micky-Maus“ – also kleine Abgeltung einer Inflation. Nachdem die Inflation in den letzten 30 Jahren jeden möglichen Ertrag oder Gewinn aufgefressen hat, muss die Inflationsabgeltung rückwirkend zumindest ab 2000 angesetzt werden!

Was bleibt am Beispiel Milch:

Wir zeigen ständig, wo die konkreten Probleme liegen und warum man an welchen Stellschrauben wie konkret drehen muss. Am Beispiel Milch sieht man, dass man bei einem Gewinn je Liter Milch von z.B. 4 Cent als Bauer 250 Liter Milch verkaufen muss, um eine Rechnung mit 10 Euro vom Gewinn bezahlen zu können! Das wären

bei einer Rechnung mit 1.000 Euro dann 25.000 Liter Milch. Man muss also 3 Kühe 1 Jahr lang melken, sprich 300 Tage arbeiten, um mit dem Gewinn diese Rechnung von 1.000 Euro zahlen zu können!

Beispiel bei Getreide

Von einer Semmel bleiben beim Bauern vom Erlös knappe 2%. Konkret bedeutet dies: Wenn man auf einem Acker 7.000 Kilo Weizen erntet, kann man daraus rund 175.000 Semmeln erzeugen. 1 kg Weizen = 25 Semmeln. Der Verkaufserlös der Semmeln im Geschäft (produziert von einem Hektar) beträgt bei 7.000 Kilo Weizen-Ertrag rund 59.500 Euro. Beim Bauern bleiben davon 1.190 Euro (2%). Diese



Bei der UBV-Traktor-Proteststernfahrt nach Wien überreichten die UBV-Spitzen die Forderungen des UBV an den Präsidenten des Nationalrates, Dr. Walter Rosenkranz. v.l. UBV-Bundesobmann Karl Keplinger, Johann Ilsinger LO Steiermark, Alfred Enthofer LO Tirol, FPÖ KO Dr. Dagmar Belakowitsch, Dr. Walter Rosenkranz, Josef "Joschi" Kaltenegger (Organisator), Johann Großpötl OÖ, Herbert Hochwallner – LO NÖ und Organisator.

lament

zwei Beispiele zeigen die Schiefelage bei den Preisen bzw. bei dem, was beim Bauern bleibt. Das gilt für alle Sparten.

Desaströse Bauerneinkommen

Das fast schon regelmäßige Minus für die Bauern bei deren Einkommen ruiniert die Existenzen der Bauern. Doch die eigene Vertretung schweigt dazu. Warum? Die Bauern hatten 2023 ein Einkommen von rund 16.000 Euro (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge). Das Minus von bis zu 25 % ging medial – wie bei der eigenen Vertretung – komplett unter. Für 2024 zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Wo soll das enden?

50 Mrd. für 800.000 Beamte – 5 Mrd. für 400.000 in der Landwirtschaft

Für andere Berufsgruppen schneit es Geld, bei den Bauern klemmt's. Das durchschnittliche Einkommen bei den Beamten liegt bei rund 62.000 Euro. Die mit Abstand am besten bezahlte Berufsgruppe bekam trotzdem ohne langes Federlesen in den letzten 3 Jahren an Gehaltserhöhungen mehr, als das gesamte Agrarbudget ausmacht. Konkret gibt es in Österreich für 800.000 Beamte rund 50 Mrd. im Jahr. Für rund 400.000 im Bereich der Land- und Forstwirtschaft Tätigen gibt es 5 Milliarden. Man muss kein Rechenkünstler sein, dass man versteht, wie enorm die Schiefelage für die Bauern ist.

Präsident Walter Rosenkranz nimmt sich viel Zeit

Der Präsident des Nationalrats, Dr. Walter Rosenkranz, nahm sich viel Zeit für die Bauern und ihre Anliegen, Sorgen und Probleme. Er hörte sich die Argumente an und war genauso wie anwesende Teilnehmer über die harte Realität der Bauerneinkommen überrascht, denn die existenzbedro-

hende Lage ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt oder bewusst. In seiner Ansprache betonte Präsident Rosenkranz, dass die Bauern zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort sind. Denn die aktuell geführten Verhandlungen für eine neue Regierung brauchen gute, konkrete Ideen, vor allem zu den Themen Landwirtschaft und Ernährungssouveränität und damit zu allen zentralen Bauernfragen.

42 UBV-Forderungen für 183 Abgeordnete des Parlaments

Dass der UBV und die Bauern zum Parlament ihre Sorgen hintragen, findet er sehr wichtig und richtig, denn viele Gesetze werden, wenn nicht aus Brüssel kommend, im Parlament verabschiedet. Rosenkranz wird dazu an alle Abgeordneten des Nationalrates und des Bundesrates (60) die UBV-Forderung übergeben. Seitens der Grünen übernahm Frau NR Dr. Elisabeth Götze die UBV-Forderungen.



Bei einem Gewinn von 4 Cent je Kilo Milch muss ein Bauer 250 Liter Milch verkaufen, damit er eine Rechnung mit 10 Euro zahlen kann!



Bei einer Semmel bleiben für den Produzenten je Semmel gerade einmal 2% vom Verkaufspreis.

Jetzt das Richtige tun. Für Österreich



So lautet die Überschrift des Regierungsprogramms der österreichischen Bundesregierung. Eine Überschrift die viel, aber auch wenig aussagen kann und viel Platz für Interpretationsspielraum zulässt.

Wenn man sich das Programm durchliest, stellt man fest, dass es wenig konkrete Inhalte gibt. Man findet Wörter wie Evaluierung, Expertengruppen, Initiativen, usw. Das bedeutet auf gibt gut deutsch „schau ma mal“.

Es fehlen klare Zielvorgaben, konkrete Ideen für die Gestaltung der Zukunft und der Mut und die Entschlossenheit, endlich notwendige Reformen in Angriff zu nehmen - ganz egal in welchem Bereich. Auch im Kapitel Landwirtschaft gibt es keine konkreten Maßnahmen, um uns Bäuerinnen und Bauern zu überzeugen, dass wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Stattdessen steht aber klar formuliert, dass die Ukraine unsere volle Solidarität benötigt.

Aber was bedeutet diese Solidarität? Weiter Getreide, Zucker und andere landwirtschaftliche Produkte nach Österreich importieren? Unsere Erzeugerpreise weiterhin unter Druck setzen? Weiterhin Milliarden in die Ukraine überweisen, ohne Beleg wie und wo das Geld verwendet wird? Unsere Wirtschaft liegt am Boden, weil die Sanktionen gegen Russland unsere Volkswirtschaft mehr treffen als die russische – was auch wir Bauern spüren. Die Menschen schauen beim Kauf von Lebensmitteln immer mehr auf den Preis, gekauft wird das billigste Produkt.

Die steigende Arbeitslosigkeit auf Grund von Insolvenzen und fehlender Aufträge schwächt zusätzlich die Kaufkraft. Ich finde auch kein klares NEIN zum Mercosur-Abkommen, obwohl es unsere bäuerlichen Vertreter vor der Nationalratswahl immer wieder kommuniziert haben. Wir sollten neue Wege gehen, um unser Land in eine sichere Zukunft zu führen. Hier sollte auch von den Politikern endlich der Mut aufgebracht werden, in Brüssel gewisse Dinge zu hinterfragen, auch mal die Größe zeigen und Nein zu sagen – im Sinne der eigenen Bevölkerung.

Rudi Gutjahr

*Bauer und Unternehmer im Müritzal
UBV-Sprecher für das Müritzal*

Regierungsprogramm: Haben wir keine Bauernvertretung?

Seit dem Bekanntwerden des Regierungsprogrammes fragt man sich: Wo bleibt Österreichs bestimmende Bauernvertretung?

Der UBV lehnt das vorgelegte Regierungsprogramm – die Bauern und den Ländlichen Raum betreffend – ab. Das „neue“ Regierungsprogramm ist kein Programm für die Stärkung der Bauernexistenzen, sondern eine Fortschreibung des „Bauern Vernichtungsplans“ von Brüssel bis Wien. Die Bauern erleben seit 1995 eine katastrophale Talfahrt bei ihrer ökonomischen Entwicklung. Während ihre Einkommen ins Bodenlose sinken, feiern die Auflagen, die Hürden, die Kontrollen, die Bürokratie einen Höhenflug nach dem anderen! Die Bauernbund-Regierungsbeteiligungen haben seit 1986 bis heute den Bauernstand praktisch auf ein Drittel vernichtet. Das Programm der EU zur Bauernvernichtung wird nun mit der neuen Regierung fortgeschrieben – ja sogar beschleunigt. Das „Regierungsprogramm“ wird tausende Bauernexistenzen vernichten. Das ist für die Bauern unzumutbar. **Man plant/will umsetzen:**

- Eine Steigerung der Evaluierungen – wie kann man Kontrollen, Auflagen verschärfen!
- Neue Kontrollen – wo muss man noch nachjustieren, was ist noch nicht erfasst!
- Neue Auflagen – wie kann man jeden Schritt, jede Arbeit in der Landwirtschaft vorgeben!
- Die Überwachung jedes einzelnen Schrittes eines Bauern wird ausgebaut, verschärft!
- Keine einzige Verbesserung bei allen Problemstellen, die es derzeit für die Bauern gibt!
- Die gemeinsame EU Agrarpolitik GAP wird als das Allheilmittel für die Land- und Forstwirtschaft hochgelobt und damit unbedingt fortgeführt. Änderungen in der Agrarpolitik gibt es nicht!
- Der verabschiedete „Green Deal“ der EU, gegen den man bei den Wahlen im letzten Jahr war, wird fortgeführt und umgesetzt, durchgezogen – koste es Bauernexistenzen, soviel es wolle!
- MERCOSUR soll umgesetzt werden. Weitere internationale Handelsverträge sollen kommen, es ist dabei kein Ausgleich der Benachteiligungen unserer Landwirte geplant.

- Die Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung, des Renaturierungsgesetzes sowie alle sonstigen politischen Attacken – auf den einst freien Bauernstand – werden fortgesetzt, ausgebaut. All das, was man gegen die Land- und Forstwirte eingeleitet hat, wird gnadenlos umgesetzt!
- Der Unterstützungs-Wahnsinn für die Ukraine wird ohne „Wenn und Aber“ weitergeführt!
- Die „illegalen Lebensmittel-Importe“ aus der Ukraine sowie die Importe ohne Kontrolle und ohne gleiche Vorgaben in der Produktion aus aller Herren Länder – werden weiter umgesetzt, koste es in der EU oder in Österreich Bauerexistenzen, was es wolle.

Damit die Bauern in den Alpenregionen Zukunft haben, fordert der UBV einen Sockelbetrag mit 30.000 Euro ab 20 Hektar, darunter 1.500 Euro je ha sowie Zuschläge bei Berg- und Biobauern.

Dieser Sockelbetrag ist eine „Mindest-Leistungsabgeltung“ für ALLE erbrachten Leistungen der Bauern. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung einer intakten Kulturlandschaft, das Speichern von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff. All diese Leistungen werden von den Bauern derzeit praktisch gratis beigebracht! Wir wollen so die Arbeitsplätze am Bauernhof schützen. Damit wollen wir die Lebensmittelproduktion in unseren Regionen sichern. Wir wollen keine Abhängigkeiten! Zudem wollen wir eine deutliche Vereinfachung der Verwaltung. Wir wollen diese um 50% reduzieren.

Mit unserem Plan gibt es für 100.000de Jobs am Land Sicherheit. Das UBV-Modell ist umsetzbar, fi-

nanzierbar und so das beste Konjunkturprogramm für den Ländlichen Raum. Wer weniger Hektar hat, soll zwischen 1-19 Hektar je 1.500 Euro/Hektar bekommen. Von 21–50 Hektar jeweils 1.000 Euro, von 51–70 Hektar jeweils 800 Euro und von 70–100 Hektar jeweils 600 Euro. Biobauern und Bergbauer sollen jeweils 1.000 Euro je Hektar mehr bekommen. Details siehe bitte www.ubv.at. Das Modell ist bei 100 Hektar gedeckelt.

Wir wissen auch, wie man es finanziert. Es gilt: Eine Landwirtschaft ohne Tierleid, ohne gentechnisch verändertes Saatgut, ohne schädliche Chemie! Wir stehen für gesunde regionale Lebensmittel.

Die Gesamtsicht

des UBV Leistungs-Abgeltungsmodell für die Bauernleistungen sieht wie folgt aus:

- Jeder Betrieb ab 20 Hektar bekommt indexgebunden 30.000 Euro im Jahr als Sockelbetrag
- Für Betriebe unter 20 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche soll jeder Betrieb je Hektar als Sockelbetrag 1.500 Euro bekommen
- Für Betriebe von 21–50 ha gibt es je Hektar 1.000 Euro.
- Für Flächen ab 50 Hektar bis 70 Hektar gibt es je Hektar 800 Euro, und für 70–100 Hektar je 600 Euro. Bei Biobauern und bei Bergbauern gibt es einen Zuschlag je Hektar von 1.000 Euro
Das Modell ist mit 100 Hektar gedeckelt

Grundvoraussetzung

für die Teilnahme am Sockelbetrag Abgeltungsmodell für die Bauern:

- Mindestens eine Person hauptberuflich am Betrieb – damit Sozialversicherungszahler an die SVS
Bei Verpachtung bekommt der Pächter das Geld
- Das Geld gibt es nur für jene Betriebe, die in die Sozialversicherung der Bauern einzahlen
- Die Bewirtschaftungsform muss auf der Basis von ÖPUL-Programmen aufsetzen
- Diese ÖPUL-Programme sind so zu gestalten, dass sie unkompliziert, effizient und praxistauglich umgesetzt werden können – das heißt beispielsweise an die Vegetation angepasst und nicht an ein Datum gebunden.
- Eine Tierhaltung, die das Tier schützt und den Menschen unterstützt: Landwirtschaft ohne Tierleid, ohne gentechnisch verändertes Saatgut, ohne schädliche Chemie

Der UBV sagt Danke an alle Kandidaten und Wahlhelfer

Am Samstag, den 22. März 2025, lud der UBV Scheibbs als kleines Dankeschön alle Kandidaten und Wahlhelfer zu einem kleinen Abendessen beim Hendorfwirt ein. Bei diesem Abendessen wurde allen dafür gedankt, dass trotz der Querelen der letzten beiden Jahre durch den Einsatz aller ein tolles Ergebnis mit 8 Mandaten in der BBK Scheibbs erreicht werden konnte. Gerade im Norden des Bezirks wurden die meisten Stimmen abgeholt.

Mit 7 der 8 Mandate waren fast alle Mandatäre anwesend. Diese sind: Josef Handl (Wieselburg Land), Thomas Erber (Wolfpassing), Daniel Glinserer (Lunz), Martin Gruber jun. (Scheibbs), Christian Handl (Wieselburg Land), Johannes Teufl (Reinsberg), Johannes Grollhofer (St. Anton an der Jeßnitz) und Leopold Fuchs (Wieselburg Land). Der UBV will sich um die Anliegen der Bauern kümmern. Darunter fallen auch folgende Themen: Gülleverflüssigung, Bürokratieabbau, Einkommen und Kaufkraft der Bäuerinnen und Bauern, Herkunftskennzeichnung auch in der Gastronomie, gegen das Mercosurabkommen, Reduzierung des Bodenverbrauchs, Ausgleich für die Leistungen, die die Landwirtschaft für die Gesellschaft bis jetzt unentgeltlich erbringt und höchstens 100% Preisaufschlag auf das Grundprodukt.



Die versammelten Mandatäre v. l.: Johannes Teufl, Daniel Glinserer, Leopold Fuchs, Josef Handl, Martin Gruber jun., Thomas Erber, Christian Handl. Johannes Grollhofer ist nicht am Bild.

In der Vollversammlung der Landeslandwirtschaftskammer NÖ vertreten sind



Herbert Hochwallner
St. Peter in der Au



Josef Handl
Wieselburg-Land



Werner Hirsch
Rosenburg-Mold

In den Bezirksbauernkammern vertreten sind

Bezirk Gmünd



Werner Eibensteiner
Großschönau



Johann Hobiger
Weitra



Hermann Hahn
Bad Großpertholz

Bezirk Korneuburg



Dr. Johannes Schachel
Niederhollabrunn



Johann Schneider
Zissersdorf

Bezirk Amstetten



Herbert Hochwallner
St. Peter in der Au



Markus Stolz
Zeillern



Johann Pechhacker
Neuhofen an der Ybbs



Franz Spreitz
Ertl



Johannes Edermayr
Biberbach



Reinhard Peham
Zeillern



Leopold Sonnleitner
Seitenstetten



Wolfgang Galdburger
Aschbach



Andreas Schoder
Zeillern



Felix Buchner
Haag

Bezirk Horn



Werner Hirsch
Rosenburg-Mold



Karl Hofbauer
Irnritz-Messern



Michael Leopold
Altenburg



Karl Wildeis
Langenlois



Elias Loidl
Gföhl

Bezirk Krems

Bezirk Gänserndorf



Mag. Reinhard Bartosch
Dürnkrut

Bezirk Lilienfeld



Georg Maier
St. Aegyd



Gerhard Halbwax
Kaumberg

Bezirk Neunkirchen



Anton Lackner
Thomasberg



Erwin Haider
Raach am Hochgebirge

Bezirk Melk



Sonja Schönbichler
Krummnußbaum



Stefan Scheibreithner
Hofamt Priel



Franz Fink
Kilb



Gottfried Leitner
Hofamt Priel



Gerhard Schönbichler
Krummnußbaum

Bezirk St. Pölten



Erich Altenriederer
Nußdorf ob der Traisen



Alois Singhofer
Traismauer



Albert Huber
Prinzersdorf



Franz Leeb
Herzogenburg



Christian Dockner
Nußdorf ob der Traisen

Bezirk Zwettl



Franz Schröfl
Zwettl



Franz Rauch
Friedersbach



Lisa Maria Kargl
Zwettl



Veronika Rauch
Friedersbach

Bezirk Wiener Neustadt



Andreas Trimmel
Wiesmath

Bezirk Scheibbs



Josef Handl
Wieselburg Land



Thomas Erber
Wolfpassing



Daniel Glinserer
Lunz am See



Martin Gruber
Scheibbs



Stefan Hofleitner
Kirchschlag i. d. B. Welt



Christian Josef Handl
Wieselburg Land



Johannes Teufl
Reinsberg



Johannes Grollhofer
St. Anton an der Jeßnitz



Leopold Fuchs jun.
Wieselburg-Land

Bezirk Waidhofen an der Ybbs



David Ramskogler
Hollenstein



Johann Schratlbauer
Kematen



Stefan Kogler
Waidhofen an der Ybbs



Josef Wieser
Waidhofen an der Ybbs



David Stocker
Kirchschlag i. d. B. Welt

Wahlergebnis LK Wahl in NÖ

Der UBV konnte sein starkes Ergebnis von der letzten Wahl mit 3 Mandaten in der Landeskammer halten und bei den Bezirkskammern insgesamt auf 54 Kammerräte aufstocken. Das Ergebnis ist für den UBV ein Riesenerfolg! Im Gegensatz zu den anderen kandidierenden Parteien oder Gruppen hat der UBV keinen großen Apparat und kaum öffentliche Geldmittel zur Verfügung. Der UBV finanziert seine Aktivitäten für bessere Einkommen bei den Bauern aus Eigenmitteln. Deshalb bewerten wir den Erfolg vom 9. März als großen Erfolg nicht nur für uns, sondern auch für die Bauern.

UBV klar die Nummer 2

Gerade wegen des unfairen und beschämenden Wahlrechts ist es bemerkenswert, dass ein Verein wie der UBV unumstritten die Nummer 2 als Bauernvertretung in NÖ und auch in Österreich ist. Der UBV hat mehr als doppelt so viele Stimmen wie die zuletzt durchaus erfolgreiche FPÖ bei anderen Wahlgängen auf sich vereinen können.

Wir bleiben dran!

Wir werden mit unseren Mandatären weiter unermüdlich und hartnäckig um Verbesserungen ringen und ständig auf die Missstände in der Agrarpolitik hinweisen. Das Bauernsterben und die schlechten Einkommen sind seit 30 Jahren die einzigen Konstanten in der Agrarpolitik. Der BB als Wahlsieger hat noch am Wahlabend kundgetan, man sei für die Entwicklungen der Land- und Forstwirtschaft mit einem klaren Auftrag gewählt worden. Damit wissen wir, wer für das Einkommensdesaster der letzten Jahre verantwortlich ist.

Das Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer ist eine Schande

Man muss nüchtern festhalten, dass wir ein Kammerwahlrecht und ein Agrarsystem haben, das ans Mittelalter erinnert. Das könnte man auch für Teile der Bauernvertretung anwenden, die auch in einer eigenen Welt der Vergangenheit leben. Im Mittelalter gab es auch keine Demokratie. Wieso will man das Kammerwahlrecht nicht ändern?

Vielleicht liegt die Antwort der nicht akzeptablen Entwicklung der Agrarpolitik auch darin, dass nicht nur das Verhalten der Bauernvertreter, sondern auch die Kammer-Wahlordnung ans Mittelalter erinnert.

Es gibt kein undemokratischeres Wahlsystem als jenes zur Wahl in der Landwirtschaftskammer in Niederösterreich. So gibt es z.B. null Transparenz die Wahlberechtigten betreffend. Es gibt keine gemeinsame, geordnete Wählerfassung und keine ausreichende sowie echte Wählerverständigung. Was bei jeder Wahl in Österreich stattfindet und als selbstverständlich gesehen wird, das gilt bei der Landwirtschaftskammer Wahl in NÖ nicht.

Die Wählerfassung ist willkürlich. Beauftragt wird die Gemeinde, die sich dabei mit wenig Unterstützung vom Land und Kammer durchkämpfen muss. Da es vielfach ÖVP-Bürgermeister sind, beauftragt man oft den BB-Gemeindebauernobmann damit, Wähler zu Landwirtschaftskammer Wahl zu erfassen. Dieser nimmt vor allem die sicheren BB-Wähler auf. Alle, die nicht unbedingt BB-Wähler sind, will man tunlichst von der Wahl fernhalten – das ist der Eindruck. Man streicht Wähler willkürlich von der Liste oder schreibt sie nicht rauf und tut so, als ob man nicht wüsste, wer Kammermitglied und damit auch wahlberechtigt sei. Man erklärte uns sogar auch im Kammeramt, dass man nicht

wüsste, wer alles Kammermitglied und damit wahlberechtigt sei.

Verabschiedet wurde die Basis dieses Gesetzes 2018 im Landtag in NÖ, federführend von der ÖVP. Wir haben, seit wir in der Kammer sind, als UBV an alle Parteien die Anforderung herangetragen, diesen Missstand abzustellen. Es passierte bis heute nichts.

Dass dann ausgerechnet aus dem Büro von LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf – er ist auch NÖ BB-Obmann – die Order rausgeht, wer von den Behörden was nicht tun soll/darf, wenn es um eine korrekte Wählerinformation geht, ist der Gipfel eines antidemokratischen Verhaltens.

Aus unserer Sicht ist der „Bauernvertreter“ Stephan Pernkopf mit diesem Demokratieverhalten rücktrittsreif. Es geht also augenscheinlich um die Partei und nicht um den Bauernstand. „Um unseren Bund“! Bauern können mit dem UBV einen neuen Weg – eine neue Bauernpolitik wählen.

Wenn sich im Land für die Bauern etwas ändern soll, dann brauchen wir andere Mehrheitsverhältnisse, auch in den Landwirtschaftskammern. Nur wenn sich dort die Köpfe bzw. deren Denken und Handeln ändert, dann wird sich für die Bau-

ern etwas ändern. Wer sich nur daran orientiert, dass es für einen selbst bzw. die Partei passt, der wird/will nichts ändern.

Wir haben in der letzten Periode mehr als 70 Anträge mit konkreten Lösungen für die Bauern eingebracht. Das interessiert die Mehr-

heitsfraktion – den Bauernbund – nicht. Man lehnt jeden Vorschlag ab, weil er nicht zur Parteilinie passt. Oder schickt den Vorschlag in einen Ausschuss und würgt ihn dort ab. Manche Themen landen in zahnlosen Alibi-Resolutionen, die nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt werden.

Das ist ein reiner „Pflanz“ der Bauern und keine Lösung für die Probleme.

Es ist nicht richtig, dass man nichts verändern kann. Das sagen nur jene, die nichts verändern wollen. Wir wollen etwas ändern. Weil wir echte Bauern sind.

Unsere Anträge



**UBV OÖ
VV der LWK am
20. März 2025**

Antrag 1:

Abschaffung der Dienstwagen für das Präsidium der LK OÖ. Für die Abrechnung der dienstlichen Fahrten soll auf das System, welches für Landwirtschaftskammer Österreich Präsident Josef Moosbrugger gilt, umgestellt werden.

Antrag abgelehnt von BB, Grüne, SPÖ und auch FPÖ, obwohl die FPÖ dies in einer Aussendung fordert.

Antrag 2:

Der Landwirtschaftsminister möge die AMA anweisen, die **Kontrolltätigkeit um 50 % zu reduzieren** und nur noch jene Betriebe wiederholt zu kontrollieren, bei denen grobe Mängel festgestellt worden sind.

Antrag abgelehnt von BB, Grüne, SPÖ und FPÖ, obwohl Bürokratieabbau von BB und FPÖ gefordert wird.

Antrag 3:

Die **Ausgabenpauschale in der Teilpauschalierung** für tierische Erzeugnisse auf 85 % und für pflanzliche Erzeugnisse auf 80 % zu erhöhen.

Antrag abgelehnt von BB, Grüne, SPÖ und FPÖ

Antrag 4:

Die **Grenze für die Vollpauschalierung** von derzeit 75.000 Euro Einheitswert wieder auf 100.000 Euro zu erhöhen, wie es damals Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll festsetzte.

Antrag abgelehnt von BB und SPÖ

Antrag 5:

Testung des „Güllezusatzes“ Wasser zur exakten Anrechnung der Ammoniakreduktion gebunden an den TS Gehalt der Gülle. Laut Aussage von DI Alfred Pöllinger-Zierler von der HBLFA Raumberg-Gumpenstein kann sofort – nach Auftragserteilung von den Landwirtschaftskammern oder dem Bundesministerium für Landwirtschaft – mit einer solchen Testung begonnen werden.

Antrag abgelehnt von BB

Antrag 6:

Einsetzen der Broschüre „Erweitertes Maßnahmenpotenzial zur Ammoniakreduktion in der Landwirtschaft – Gesteuerte Gülleverflüssigung“ als Leitfaden für die weiterführende Forschung. Für die Entstehung weiterer dringlicher empirischer Datenwerte in der Gülleverdünnung mit Wasser ab Stall/Lager bietet die Broschüre Daten auf wissenschaftlicher Basis.

Antrag abgelehnt von BB

Antrag 7:

Offenlegung des praktischen Nachweises der seit 2005 erfassten Daten zur 1:1 Gülleverdünnung durch die TIHALO-Studie. Die Studie wurde erstellt von Alfred Pöllinger-Zierler, HBLFA Raumberg-Gumpenstein, und durch das Umweltbundesamt bestätigt.

Antrag abgelehnt von BB und SPÖ

Eine zeitgemäße Neuausrichtung

der bäuerlichen Berufsvertretung ist unumgänglich

Viele Unternehmen und Organisationen haben sich seit 1995 dem freien Markt gestellt und durch gekonntes Handeln eine klare und für den Konsumenten erkennbare Marktposition bezogen. Ein aktuelles Beispiel soll uns zu denken geben und zeigt klar auf, dass wir bei der Personalbesetzung auf hoch qualifizierte Leute setzen müssen. Wir müssen uns also vom Gedanken, Versorgungsposten zu erhalten, endlich verabschieden!

BIO AUSTRIA vs. NATURLAND = Verwaltung vs. Effizienz

Eine der größten Molkereien in Österreich macht es in Zukunft zur Bedingung, dass BIOBAUERN nicht nach BIO AUSTRIA Richtlinien arbeiten, son-

dern nach den Richtlinien der Organisation NATURLAND. Naturland ist ein Verband für ökologischem Landbau und hat sich dahin entwickelt, dass er ein beehrter Partner des Konsumenten, des Handels und der verarbeiteten Industrie ist. BIO AUSTRIA hat seine Daseinsberechtigung in der Verwaltung und Bürokratie gesehen und somit verabsäumt, zeitgemäß und ein starker Partner mit Bekanntheit beim Kunden zu sein. Das BIO AUSTRIA Logo und Siegel findet man höchst selten auf Produkten im Handel.

Kammer auf Seite von BIO AUSTRIA

In einem Bericht des Wochenblattes kam sofort die Reaktion des oberöster-

reichischen Landwirtschaftskammerpräsidenten, der Bauern davon abrät, zu NATURLAND zu wechseln. Diese Reaktion zeigt doch nur den verabsäumten Weg auf, da es unumgänglich ist, dass sich Bauern einer Organisation anschließen, welche am Markt eine Position hat und beim Lebensmittelhandel sowie beim Kunden begehrt ist. Somit drängt sich allen klar denkenden



Menschen die Einsicht auf, dass der Weg, nur die Bürokratie zu verwalten, gescheitert ist.

LK-Rat
Heimo Urbas

UBV Salzburg

Gentechnikfreie Landwirtschaft

„Gentechnik ist eine Technik mit totalitären Zügen. Sie erlaubt auf Dauer keinen gentechnikfreien Bereich neben sich.“ Das Zitat stammt aus dem „Kritischen Agrarbericht“ (2007), den das deutsche Agrar-Bündnis jedes Jahr herausgibt. Salzburger Nachrichten Redakteur Gerhard Schwischi berichtete schon am 10. Februar 2011 („Wasser auf die Mühlen der Gentechnik-Gegner“), dass in Spanien mit der Erlaubnis, dort Genmais anbauen zu dürfen, der Biolandbau um 70 % eingebrochen ist. Logischerweise entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 25. Juli 2018, dass auch die neue Methode der Genscherentechnik (Neue Gentechnik) Gentechnik ist und daher unter das EU-Gentech-

nikrecht fällt und somit das Vorsorgeprinzip anzuwenden ist!

Ohne Rücksicht auf dieses EuGH-Urteil sprachen sich die EU-Kommission, das EU-Parlament und am 14. März 2025 auch die EU-Mitgliedsstaaten für ein gelockertes Gentechnikrecht aus, um die Anwendung der „Neuen Gentechnik“ zu ermöglichen – gegen die Stimmen von Deutschland und Österreich.

Im Salzburger Landesgesetzblatt vom 21. Jänner 2000 wurde das Salzburger Landwirtschaftskammergesetz wieder verlautbart. Dabei wurde erstmals „der freiwillige Verzicht der Land- und Forstwirtschaft auf Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen auf allen Gebieten der Produktion und Verarbeitung von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen“ als eines

der Ziele der Landwirtschaftskammer gesetzlich festgeschrieben. Die Umsetzung dieses Zieles im Sinne der gentechnikfreien Lebensmittelwirtschaft im Bundesland Salzburg wird eine der Aufgaben der am 14. März 2025 angelobten Vollversammlung der Salzburger Landwirtschaftskammer sein! Es muss klargestellt werden, dass niemand gezwungen werden kann, genmanipulierte Nutzpflanzen und Bäume



in die freie Natur auszusetzen.

Georg Sams,
Ortsbauernobmann und
LWK-Rat
außer Dienst

Großartiger Erfolg bei den LWK-Wahlen

Trotz übermächtiger Gegenspieler konnte der Unabhängige Bauernverband Salzburg die zweitstärkste Position in der Landwirtschaftskammer verteidigen und um zusätzlich einem Mandat weiter ausbauen. Der UBV Salzburg ist mit vier Mandaten in der

Vollversammlung der LWK für die nächsten 5 Jahre vertreten. Die Wahlbeteiligung lag mit knapp 35 % deutlich unter dem Ergebnis von 2020 (44,6 %). 2015 haben noch 51,1 % der Wahlberechtigten eine Stimme abgegeben.

Österreichweit hat der Österreichische Unabhängige Bauernverband 22 Mandate in den Landwirtschaftskammern und ist somit klar zweitstärkste Interessensvertretung.

In der Vollversammlung der LWK Salzburg vertreten sind



Josef Tiefenbacher
Niedernsill



Gregor Götzinger
Wals-Siezenheim



Peter Löcker
St. Margarethen im Lungau



Johann Steiner
Niedernsill

In den Bezirksbauernkammern vertreten sind

Bezirk Salzburg-Umgebung (Flachgau)



Wolfgang Sams
Neumarkt am Wallersee



Gregor Götzinger
Wals-Siezenheim

Bezirk Zell am See (Pinzgau)



Martin Lohninger
Saalfelden



Christian Rainer
Maria Alm

Bezirk St. Johann (Pongau)



Georg Gschwendtner
Pfarrwerfen

Bezirk Hallein (Tennengau)



Georg Eßl
Kuchl

Bezirk Tamsweg (Lungau)



Peter Löcker
St. Margarethen im Lungau

Torsten Altmann und Josef Schmidthaler mit Hans Kudlich Award ausgezeichnet

Der UBV würdigt den Redaktionsleiter von top agrar Österreich, Torsten Altmann, für seine objektive Berichterstattung und Josef Schmidthaler für den fundiert aufbereiteten Milchpreisvergleich in Österreich und Bayern.



Torsten Altmann (2.vl) neben Josef Schmidthaler und dessen Frau Claudia bei der Verleihung des Hans Kudlich Awards, eingerahmt von Organisationsreferent Hans Großpötl (links) und UBV-Obmann Karl Keplinger (rechts).

Mit dem nach dem österreichischen Politiker und Bauernbefreier Hans Kudlich benannten Preis zeichnet der UBV Menschen aus, die sich langjährige Verdienste für den Ländlichen Raum und die Landwirtschaft erworben haben. Die Initiatoren würdigten Torsten Altmann für seine objektive, und doch immer wieder kritische Berichterstattung. Josef Schmidthaler erhielt die Auszeichnung für die Ver-

gleichbarkeit der Milchpreise in Österreich und Deutschland seit April 2001.

Torsten Altmann arbeitet seit 1990 für top agrar und den Landwirtschaftsverlag. Im Anschluss an das Volontariat berichtete er nach der Wende zunächst schwerpunktmäßig über die Entwicklung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, bevor er 1995 nach Österreich wechselte.

„Ich nehme den Preis stellvertretend für alle Bäuerinnen und Bauern in Österreich entgegen, die täglich mit Leidenschaft und Hingabe für die Ernährung und den Erhalt der Kulturlandschaft arbeiten“, sagte Altmann in seiner Dankesrede. Er erinnerte daran, wie wichtig es ist, den Zusammenhalt in der Landwirtschaft zu stärken und gemeinsam für die Interessen unseres Berufsstandes einzutreten.

Landesverbandstag am 5. Jänner in Münzkirchen

„Wenn man nichts fordert, bekommt man auch nichts“

Der Einladung zum Landesverbandstag am 5. Jänner 2025 folgten – trotz ungünstigster Wetter- und Straßenverhältnisse – über 150 UBV Mitglieder. Obmann Karl Keplinger blickte auf die Ereignisse des Jahres 2024 zurück und erklärte er, warum es den UBV braucht.

Landesobmann ÖR Karl Keplinger berichtete über die Arbeit und Forderungen des Unabhängigen Bauernverbandes. Die Forderungen nach einer inflationsbereinigten unbefristeten Agrardieselmückvergütung sowie die Anhebung der Investitionsförderung für rinderhaltende Betriebe auf das Niveau der schweinehaltenden wurden in der LK-Vollversammlung zugestimmt. Einen indexgesicherten finanziellen Ausgleich bei Mercosur lehnte der Bauernbund ab.

Agrardiesel gibt's wieder

Auf der Habenseite des UBV im letzten Jahr stehen Inflationsausgleich, eine neue Berechnungsbasis bei Enteignungen beim OGH und die Wiedergewährung des Agrardiesels. Weiters drängen wir seit Jahren auf Bürokratieabbau und die Verschiebung der Kontrollen – weg von den Bauern hin zu den Importen. Weiters meinte Keplinger: „Damit auch in Zukunft Ausgleichszahlungen ihre Berechtigung haben, fordern wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung der erbrachten Umweltleistungen der Land- und Forstwirtschaft.“

Organisationsreferent ÖR Johann Großpötl informierte über die Gespräche mit Minister Totschnig, Josef



Trotz widrigster Witterungsverhältnisse war der Landesverbandstag gut besucht.

Moosbrugger und Generaldirektor Wolfgang Burtscher in Brüssel sowie vom Copa-Kongress in Bukarest.

Wille zur Veränderung

„Ich bin stolz, beim UBV zu sein, weil bei uns nur Leute sind, die etwas verändern wollen und nicht, weil sie etwas werden wollen“, erklärte LK-Rat Dipl.-Päd. Klaus Wimmesberger.

Ein Thema war 2024 in der LK auch der Landverbrauch. „Wir haben einen Antrag gestellt, dass in Oberösterreich der Landverbrauch auf unter 2,5 ha/Tag zurückgehen muss. Derzeit

sind wir bei 4,5 ha/Tag. Wir sind Weltmeister in negativer Hinsicht, sagte Wimmesberger. Doch der Antrag wurde abgelehnt. Wimmesberger: „Mein Vorschlag zur Verringerung des Landverbrauchs wäre, entweder alte Bauten zu sanieren oder wegzureißen und an dieser Stelle wieder etwas Neues zu errichten.“ Derzeit sei es so, dass alte Häuser stehen gelassen werden und das nächste nebenan gebaut werde. „Die Regierung muss sich etwas einfallen lassen, um das attraktiv zu machen.“ Wie wärs, wenn der Staat die Abbruchkosten übernehmen würde?

Zum Schluss sprach Wimmesberger noch über ein Treffen mit der Agrargemeinschaft Österreich (AGÖ). Hier zeigte sich, dass UBV und AGÖ viele thematische Schnittpunkte haben.

Ein wesentlicher Teil des Tages war die Verleihung des Hans Kudlich Awards, s. dazu S. 13



Torsten Altmann



Josef Schmidthaler



Klaus Wimmesberger

Alle Jahre wieder Besuch aus Bayern

Den UBV verbindet eine liebgewordene Tradition mit Günther Felßner, dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes. Rund um den Jahreswechsel nimmt sich Felßner stets Zeit für ein informelles Treffen.



*In regem Gedankenaustausch:
(v.l.) Ilse Feldbauer, Werner Hirsch,
Dr. Heinrich Birnleitner, UBV-Obmann ÖR
Karl Keplinger, BBV-Präsident Günther
Felßner, ÖR Johann Großpötlz, Josef Tie-
fenbacher und Bgm. Georg Schickbauer.*

Viele agrarpolitische Themen wie Inflationsausgleich bei Ausgleichszahlungen, die Wiedereinführung einer Prämie für Mutterkühe, Schafe und Ziegen (wie in Bayern), Kontrollen erst ab 50 ha sowie eine mögliche Änderung der Ausgleichszahlungen nach Schlaggröße und eine durch-

gehende Herkunftskennzeichnung wurden analysiert und besprochen. Beide Bauernverbände vertreten die Überzeugung, dass Handelsabkommen fair sein müssen und es ohne einen indexgesicherten finanziellen Ausgleich für die Bauern nicht geht. Auch der Handelspakt Mercosur und

der Beitritt der Ukraine zur EU sind für die heimische Landwirtschaft nicht tragbar. Generell sorgt die Landwirtschaft für Lebensmittel, doch die Bauern leisten noch weit mehr für die Gesellschaft. Stark an Bedeutung gewonnen haben die Erzeugung von Energie und Biomasse. Darum müssen die natürlichen Ressourcen, also die Umwelt, geschützt werden.

„Die Grundlage für all die sozialen Leistungen, die der Landwirt erbringt, liegt im eigenen Land, und Viehhaltung ist für die regionale Versorgung essenziell“, waren sich die beiden Bauernverbände einig.

Beitrittserklärung

- Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhängigen Bauernverband**“, Landesverband bei und erkläre mich hiermit bereit, diesen mit einem jährlichen Mitgliedsbeitrag (Höhe je nach Landesverband) bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Name:

Straße:

PLZ: Ort: Bezirk:

Tel.: Geb. Datum:

E-Mail:

- Ich stimme zu, dass meine oben angeführten Daten vom Unabhängigen Bauernverband zum Zwecke des Sendens von Informationen gespeichert und verwendet werden dürfen. Ich kann diese Einwilligung jederzeit widerrufen.

Datum: Unterschrift:

Ich erhalte die „Unabhängige Bauernzeitung“ viermal jährlich kostenlos. Infos unter www.ubv.at, office@ubv.at oder 0650 2624245

Bitte per Post an: **Österr. Unabhängiger Bauernverband**, Grub 8, 4771 Sigharting oder per mail an **office@ubv.at** schicken.

Warum UBV?



Ludwig Guggenbichler

Weil es genug ist mit dem Diktat der Mehrheitsfraktion BB. Dort steht nicht mehr der Bauer mit seinen Sorgen im Zentrum der Aktivitäten, sondern die Partei und die eigene Person. Das empfinde nicht nur ich so. Daher müssen wir neue Wege gehen. Der UBV hat echte Lösungen. Daher seid bitte schlau und unterstützt den UBV.



Michael Kröll

Ich bin leidenschaftlich gerne Bauer. Dazu braucht es aber taugliche Rahmenbedingungen, die uns Einkommen sichern. Ich engagiere mich auch gerne für und gemeinsam mit Bauern, Probleme einer Lösung zuzuführen. Der UBV hat viele wichtige konkrete Lösungen. keine Ausreden. Das taugt mir, daher bin ich da mit dabei.

Wie sich plötzlich der Bauernmilchpreis ändert, weil Bauern neue Wege bei der Milchvermarktung gehen

Die ständig steigende Auflagenflut für die Bauern – vor allem im Bereich der Tierhaltung – lässt viele Tierhalter verzweifeln. Viele stehen vor der Frage: aufgeben oder sich in unverantwortliche hohe Schulden treiben lassen? Dabei kommen die meisten Auflagen sogar aus dem eigenen Bereich der Bauernvertretung oder auch zuletzt massiv aus dem Bereich der Vermarktung aus dem genossenschaftlichen Bereich. Also deutlich mehr Kosten und keinen besseren Erzeugerpreis?!

Viele tausende Bauern, insbesondere Milchbauern, sind verzweifelt oder wütend bis resigniert. Die Vorgaben der Milchverarbeiter – meist bäuerliche Genossenschaften – gefährden auf Grund der Kosten ohne Ausgleich die Existenzen. Dazu kommen Drohungen, „wer nicht mitziehe – sprich neue Liefervorgaben erfüllt – dem droht man mit Preisabzug bis hin zu Klagen“. So mancher Bauer fühlt

sich dadurch richtig vor den Kopf gestoßen. Denn „seine Genossenschaft“ setzt ihm „das Messer“ an, so oder sonst kommt „der Knüppel“. Bis zu einem gewissen Punkt ist ja verständlich, dass Verarbeiter auch Hürden zu bewältigen haben: Einst hat man Genossenschaften gegründet und entwickelt, um gemeinsam zu vermarkten und damit am Markt eine bessere Situation zu haben. Nun



Auf Einladung von UBV-Obmann Alfred Enthofer und LKR Michael Kröll (2. und 1. v.l.) starteten Tiroler Milchbauern neue Vertriebswege für Milch über den Verein für Milchproduzenten VDMB.

scheint man teilweise diesen Weg zu verlassen. Wie einst, als man Genossenschaften als Ausweg aus einer schwierigen Situation für die Bauern gründete, beginnen Bauern nun wieder, neue Vermarktungswege zu organisieren. Wenn ein Instrument nicht mehr die Interessen der Bauern stützt, sondern – das ist der Eindruck – die Überlegungen von Funktionären und Vorständen, dann ist es logisch, dass betroffene Bauern neue Wege suchen. Wie das Wasser finden daher – am Beispiel Milch – diese neuen Wege zu Verarbeitern und Kunden. In Tirol vermarkten bisher schon Tiroler Milchbauern bekanntlich – mit dem ehemaligen Landesrat Toni Steixner an der Spitze – Tiroler Milch nach Südtirol.

Die plötzliche Änderung von Lieferverträgen mit neuen Auflagen ohne Abgeltung haben nun u.a. den UBV-Obmann Alfred Enthofer – der selbst mit einem für ihn nicht akzeptablen Milchliefervertrag konfrontiert war – dazu bewogen, Alternativen zu suchen. Nach Prüfung verschiedener Ideen vermarktet Enthofer inzwischen mit zahlreichen Milchbauern aus Tirol seine Milch über den Verein der Milchproduzenten VDMB. Die nun neu am Markt auftretenden Partner in Tirol haben zwei positive Effekte: **Milchbauern, die mit der bisherigen Vermarktung und den Vorgaben nicht einverstanden sind, haben eine interessante neue Alternative. Und: im ganzen Zillertal stieg der Milchpreis innerhalb weniger Wochen um gleich 4 Cent. Das sind bei 800 Kilo Milch am Tag (gerechnet mit 32 Kühen) im Jahr rund 9.760 Euro mehr an Milchgeld je Betrieb. Bei 300 Milchbauern sind dies 2,9 Mio. Euro mehr an Milchgeld beispielsweise im Zillertal. Man sieht, wer im Sinn von Raiffeisen neue Wege für Bauern sucht, kann viel Positives bewirken. Dazu muss man nicht in einer „klassischen“ Genossenschaft wirken.**



Ständig steigende – vielfach nicht mehr nachvollziehbare Auflagen – treiben bei vielen Milchbauern die Kühe zum letzten Mal aus dem Stall. Wenn die Kühe gehen, gibt es keinen Kälber, keine Milch, kein Rindfleisch und niemand wird mehr die Bergwiesen mähen.

Bauerneinkommen – Beispiel Milch

Seit 1994 bis zu 90 % Kaufkraftverlust

Beispiel Milch mit Wurstsemmel:
 1994 konnte man sich beim Verkauf von 1 Liter Milch rund 3 Wurstsemmeln kaufen.
 2024 muss man 4 Liter Milch verkaufen, damit man sich 1 Wurstsemmel leisten kann!

1994	1 Liter Milch	=	3 Wurstsemmeln	
2024	4 Liter Milch	=	1 Wurstsemmel	

Beispiel Milch mit Betriebsmittel (Diesel):
 1994 konnte man sich mit dem Verkauf von 1 Liter Milch 1 Liter Diesel kaufen.
 (Dieselpreis – ca. 55 Cent; Milchpreis – ca. 53 Cent)
 2024 müssen wir 3 bis 4 Liter Milch für 1 Liter Diesel verkaufen.
 (Dieselpreis – ca. 180 Cent, Milchpreis – ca. 54 Cent oder weniger)

1994	1 Liter Milch	=	1 Liter Diesel	
2024	4 Liter Milch	=	1 Liter Diesel	

Der Kaufkraftverlust von 90 % und mehr trifft praktisch in jeder Sparte zu!

Warum?

- Weil wir keine Abgeltung der Inflation haben – weder bei den Erzeugerpreisen, noch bei den Ausgleichszahlungen. Dafür sind die Betriebsmittel um das 3- bis 5-fache gestiegen.
- Bei einer Inflationsabgeltung (wie sonst überall) wäre der Bauernmilchpreis heute bei rund 1,08 Euro.
- Der Index stieg seit 1995 um 97 % – von 100 auf 197.
- Weil bei Import-Lebensmitteln, die dann im Regal des Lebensmittelhandels stehen, andere Spielregeln gelten. Vieles ist bei Import-Lebensmitteln erlaubt, was bei uns verboten ist.

Faire Spielregeln sehen anders aus. Diesen ungleichen, unfairen Wettbewerb lehnen wir ab.

Das Beispiel Milchpreisentwicklung und Kaufkraftverlust zeigt brutal auf, wie krank die von der (Agrar)-Politik geschaffenen Spielregeln für die Land- und Forstwirte in Österreich und in der EU sind. Die Politik schafft nur Rahmenbedingungen für Konzerne. Die Bauern sind egal – es scheint, sie sind im Weg. Die aktuelle gemeinsame EU-Agrarpolitik GAP ist ein Himmelfahrtskommando für die Bauern und ruiniert die Bauernexistenzen - europaweit.

Dieses Bauern-Vernichtungsprogramm GAP wird in Österreich von der Bauernvertretung als Erfolg bewertet. Warum? Und es stellen sich folgende Fragen:

- Was läuft bei der Entwicklung der Erzeugerpreise für die Land- und Forstwirte falsch?
- Wer nimmt hier seine Verantwortung nicht wahr bzw. warum werden die Bauerninteressen nicht vertreten?
- Wer stellt seit 1986 den Agrarminister und trägt seit bald 40 Jahren für die Entwicklung der Bauer-Einkommen die Verantwortung?

Diese desaströsen Erzeugerpreise in praktisch jeder Sparte ruinieren die Bauernexistenzen. Bauern haben nur eine ökonomische Zukunft, wenn es eine andere, eine neue Agrarpolitik gibt!

**Daher fordert der UBV: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben**

Der UBV hat dazu als einzige Bauernvertretung einen konkreten, praxistauglichen Vorschlag auf den Tisch gelegt: www.ubv.at

Wir brauchen endlich wieder echte Einkommen

Die zentrale Frage über eine gute oder schlechte Bauernzukunft lautet: Gibt es ein Einkommen für ein ordentliches Auskommen? Bei der UBV Bauern-Proteststernfahrt im Jänner 2025 nach Wien zum Parlament betonten auch die steirischen Teilnehmer: „Wenn es nicht zeitnah eine gute Entwicklung der Einkommen gibt, dann wird der Beruf Bauer und damit die regionale Erzeugung von Lebensmitteln schneller Geschichte sein, als man dies für möglich hält!“

Seit Jahren fordert der UBV konkrete neue Spielregeln für die Land- und Forstwirtschaft. Von der Bauernvertretung, die sich ja noch mehrheitlich aus BB-Vertretern zusammensetzt, hört man jedoch immer nur, was nicht gehen würde.

In der Steiermark flüchtete der bisherige Ämtermulti und Kammerpräsident Franz Titschenbacher aus seinem Amt. Die Bilanz von Titschenbacher ist eine bittere Ernte für die steirischen Bauern. Der Nachfolger Andreas Steinegger folgt bereits vor seinem Amtsantritt brav den Vorgaben von Landesrätin Simone Schmiedtbauer, die eine glühende Anhängerin der gemeinsamen EU-Agrarpolitik GAP ist. Für Schmiedtbauer ist diese alternativlos. Steinegger wird ihr gehorsam dabei folgen.



UBV-Obmann Johann Ilsinger, UBV Obmann Stellvertreter BKR Florian Taucher (er war mit Traktor in Wien), UBV Obmann Stellvertreter LKR Martin Pfeifer und UBV Sprecher Mürztal – Rudi Gutjahr im Gespräch mit NR-Präsident Walter Rosenkranz, dem der UBV 42 Forderungen zur Landwirtschaft überreichte.



UBV Steiermark Obmann LKR Johann Ilsinger (2.v.r.) kämpft hartnäckig und engagiert mit LKR Barbara Kapaun-Lerchbaum (2.v.l.), LKR Mag. Gerhard Mariacher (1.v.l.) sowie LKR Martin Pfeifer (1.v.r.) in der LK Steiermark mit konstruktiven und umsetzbaren Anträgen für bessere Bauereinkommen. Der „Volkssport“ der Mehrheitsfraktion Bauernbund dazu ist: jedes Mal Ablehnung aller Anträge ohne Begründung.

„Nimmt man die dünnen Vorschläge des neuen Regierungsprogrammes zur Hand, dann hat man nicht den Eindruck, dass es in Österreich eine Bauernvertretung für Bauern gibt. Das bis jetzt bekannte Ergebnis an Vorhaben für die Bauern ist eine Fortschreibung der Bankrotterklärung der österreichischen Bauernvertretung“, betont UBV-Obmann Hans Ilsinger.

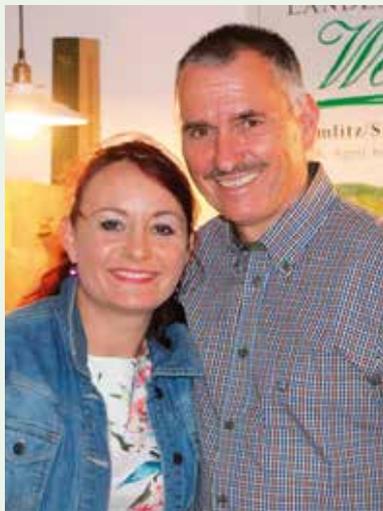
Bei der UBV-Klausur im letzten Jahr machten die jungen UBV-Sprecher bzw. Referenten in ihren Kommentaren auch klar, dass es nur mit einer gesunden betriebswirtschaftlichen Entwicklung auch zukünftig einen Bauernstand geben wird. Siehe dazu die folgenden Kommentare.

– sonst gibt es kein ordentliches Auskommen



Wir haben in unseren Regionen keine Sparte, wo am Ende des Tages viel übrigbleibt. D.h. wir verdienen wenig bis gar nichts. Der aktuell etwas bessere Erzeugerpreis bei dem einen oder anderen Produkt löst kein Problem. Es überdeckt nur und die Politik kann sich weiterschwindeln. Wenn wir ehrlich kalkulieren und rechnen, muss jeder Handgriff, egal ob es vom Bauern/Betriebsführer selbst getan wird oder von den mitarbeitenden Eltern, Geschwistern, Kindern, bezahlt werden können. Und: es muss dazu noch was in der Geldbörse bleiben. Ist das nicht der Fall, dann heißt es dazu zahlen. Doch von der Substanz kann keiner leben. Zu viele Betriebe haben in der Vergangenheit schon aus ökonomischen Gründen die Stalltüren geschlossen! Daher ist der UBV-Vorschlag mit der Sockelförderung von 30.000 Euro ab 20 Hektar, darunter 1.500 Euro der Schlüssel für eine Lösung, damit wir weiter Bauern in den Alpenregionen haben. Der Sockelbetrag sowie die Zuschläge für Biobetriebe und Bergbauern zahlt alle von Bauern erbrachten Leistungen. Es gibt ein gutes Fundament und der Förderunsinn hat ein Ende.

*BKR Ing. Andreas Racz,
UBV-Obmann Stellvertreter –
Bezirk Murau*



Ferdinand Skerget hinterfragt kritisch, ob die Bauern nicht doch vor einer Investition den Rechenstift ordentlich spitzen sollten. Investieren aus Leidenschaft ist dann nicht gut, wenn eine Investition „Leiden“ schafft! Wenn man nicht vor einer Investition rechnerisch ein gutes Fundament findet, sollte man das Investieren bleiben lassen – es sei denn, man sieht einen Betriebszweig oder die Landwirtschaft als Hobby. Da sind die Kosten dann nicht so vorrangig, weil man in der Regel ein Hobby mit Geld finanziert, welches woanders verdient wurde. Für die Bauern in unseren Regionen warten – ohne konkrete gute Spielregeln, die Einkommen ermöglichen, aus ökonomischer Sicht, harte Zeiten. Flexibilität, Mut und Fleiß sind wichtig, aber wenn es sich nicht rechnet, dann ist die Wirtschaft hin. Das kann, das darf nicht das Ziel sein!

*Ferdinand Skerget,
Unternehmer, Bauer,
Hufschmied
Landgut Jantscher
Kumberg (GU)*



Die Situation ist sehr schwierig. Bei guten Erträgen schlechte Preise! Wetterbedingt teilweise schwache Erträge! Die Inflation trifft uns beinhart. Die extreme Teuerung einerseits und der schwache Erzeugerpreis fressen die finanziellen Reserven auf. Die Rahmenbedingungen und die Sanktionen gegen Russland ab 2015 bedeuten für uns, dass ein Markt zu ist und gleichzeitig drängt mit Polen der größte Obstproduzent in Europa auf unsere Märkte. Schlechte Einkommen erschweren es zudem, gute Arbeitskräfte zu holen, weil andere mehr zahlen. Eine weitere Konsequenz: kaum mehr junge Obstbauern, weil kaum noch Schüler für die Obstbaufachschulen (5-8)!! Dazu sind 1.000 Hektar Anbaufläche bereits verloren und das geht so weiter. Alternativen wie Direktvermarktung sind zeitlich kaum stemmbar. Bekommen wir also nicht deutlich bessere Spielregeln, wird die Keule den heimischen Obstbau auch niederknüppeln.

*LKR Martin Pfeifer,
UBV Obmann Stellvertreter
Obstbauer in Sinabelkirchen*

Europäischer Bauernkongress

Bereits zum dritten Mal durfte ich am Europäischen Bauernkongress teilnehmen – dieses Mal in Rumänien. Neben hochkarätigen Referenten waren die Gespräche in den Pausen besonders wertvoll. So sprach ich mit Univ.-Prof. Strohschneider, der eine Arbeitsgruppe zur Zukunft der EU-Landwirtschaft leitet. Die rückläufige Milchproduktion in Irland diskutierte ich mit Enda Buckley, Direktor der Carbery Molkerei (Kerrygold). Jan Dolezal, Präsident der Europäischen Junglandwirte, kritisierte das EU-Parlament als abgeschottete Blase, in der der Einfluss der NGOs außer Kontrolle geraten

sei. Zudem wurde mir erneut bewusst, dass die enge Verbindung zwischen Standesvertretung und Parteipolitik in keinem anderen Land so stark ist wie bei uns. Dass jede Partei eine eigene Bauerngruppe hat, ist kein Vorteil. Einkommensberichte aus Ländern mit unabhängigen Bauernverbänden zeigen, dass das durchschnittliche Einkommen pro Arbeitskraft dort um 70 bis 100 Prozent höher liegt als bei uns.

LK-Rat ÖR Johann Großpötl

Ä TÄNNSCHEN
PLEASE



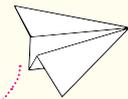
**RehaDruck**
sozialfair

Offset- und Digitaldruck

Ausbildung und Arbeit für Menschen mit Behinderung.

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH
Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz
(0316) 68 52 55 | www.rehadruck.at

rehadruck@rehadruck.at | 



Angebot einholen!

Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Unser Tipp: Schließen Sie eine **Rechtsschutzversicherung** ab! Und überprüfen Sie Ihre **Haftpflichtversicherung**! Die Deckungssumme von 5 Mio. Euro ist empfehlenswert. Noch Fragen? Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte.

Weitere Infos unter office@ubv.at oder
WBV Wallner & Partner, 07435/54 121 22;
matthias.wallner@wbv.at

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden?
Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing und
Sanierung bietet

Finanzmanagement

Mag. Franz Keplinger, 4020 Linz, GISA 30823020
Tel: +43 677-6120 1934
Kredite privat und gewerblich

Österreichische Post AG
MZ 02Z030371 M

Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratsal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

Retouren bitte an:

Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting